

Was brachte uns der VI. Parteitag Neues?

Seitdem Walter Ulbrichts Rede an die Bevölkerung Westberlins gehalten wurde, spielt sie in Betrachtungen und Kommentaren der Presse gerade auch zahlreicher westlicher Länder immer wieder eine vielbesetzte Rolle. Diese Rede wird als „schöpferischer Beitrag zur Entspannung“, als „klar und wohl abgewogen“, als „Friedenspolitik in Aktion“ bezeichnet. Adenauers Regierungserklärung hingegen, die in der gleichen Woche abgegeben wurde, mußte selbst die großbürgerliche Hamburger „Welt“ als „mager, farblos und ohne jede zündende Idee“ charakterisieren.

Wenn wollte es wundern, daß Adenauer, der an der einen Hand die Gaulle hält und die andere dem Faschisten Franco reicht, letzteres „zündende Idee“ zu verkünden weiß. Der tiefste Wunsch auch des deutschen Volkes, in Frieden, zu leben, muß mit der Adenauerschen Politik des letzten Raketen- oder No-Existenz, immer mehr in unüberbrückbaren Gegensatz geraten. Was hingegen der VI. Parteitag der SED darlegte, erörterte und beschloß, das sind nicht wie westdeutsche Journalisten ihren Lesern glauben machen wollen, die „Wunschträume einiger Funktionäre der Zone“. Ihr Programm, das die SED einige Wochen lang Millionen zur Diskussion stellte und als Ergebnis einer Volksansprache von bisher nicht gekanntem Ausmaß beschloß, das ist der einzig mögliche Weg der Nation in die Zukunft. Dieses Programm zeigt sich in der Rede Walter Ulbrichts an die Westberliner in Aktion.

Auf der einen Seite also eine sterile Politik, die nichts anderes zu sagen weiß, als das Überholte ständig zu wiederholen, auf der einen Seite das gestrige Unvermögen der deutschen Großbourgeoisie, der Realität auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Bei uns hingegen die präzise Einschätzung des gesetzmäßigen historischen Entwicklungsprozesses unseres Volkes in Gegenwart und Zukunft. In Bonn die Beiseitsetzung zum millionenfachen atomaren

Mord. Bei uns die schöpferische Anwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus, die Anwendung der Erfahrungen der Geschichte bis in die letzten Monate hinein auf die konkrete Situation in ihren nationalen Besonderheiten und die Antwort: „Der Kampf um den Frieden ist zur wichtigsten Bedingung des Kampfes um den Sozialismus geworden.“

Beides, die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz in Deutschland und der umfassende Aufbau des Sozialismus in der DDR, fallen uns nicht in den Schoß. Die realen Kräfte jedoch, die beides durchsetzen werden, zeigten sich in den hervorragenden Produktionsleistungen, in den wissenschaftlichen Ergebnissen, in den umfassenden kollektiven Anstrengungen, über die dem Parteitag berichtet werden konnte. Und Chruschtschows Bemerkung, „Hier ist Deutschland – hier ist die Zukunft“, wurde zu jeder Stunde des Parteitages bestätigt. Jede Rede offenbarte einen Schatz von Erfahrungen, jeder Diskussionsbeitrag wurde zum Bestandteil des Fundaments, auf dem die Beschlüsse gefällt wurden.

Die Politik der friedlichen Koexistenz, der späteren Konföderation und der schließlichen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wird gesagt, weil der VI. Parteitag der SED, überprüft am bisher zurückgelegten Weg, sowohl die

Revolutionäre Theorie als auch das konkrete Aktionsprogramm zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR klar herausgearbeitet hat. Noch nie vor dem wurde so deutlich, daß die Politik der SED und die Interessen des ganzen Volkes übereinstimmen. Was zu tun ist in der Industrie, in der Landwirtschaft, in der Wissenschaft, in Schulen und Universitäten, in der Kunst, im Verkehr, im Handel – auf alle diese Fragen hat der Parteitag die Generallinie für einen langen Zeitraum angegeben. Wer sich die Antworten dieses nationalen und international gleichsam bedeutenden Ereignisses gründlich erarbeitet, entdeckt in ihnen die tiefe Weisheit des Volkes und seiner kämpferischen Arbeiterpartei, entdeckt in ihnen immer neue „zündende Ideen“. Jeder von uns muß diese Antworten in seinem Arbeitsbereich schöpferisch anwenden, dann werden wir manchen Mangel, den wir noch empfinden, diese oder jene Schwierigkeit, der wir noch begegnen, mit schöpferischer, denkender Unzufriedenheit überwinden. Wenn wir uns vom Gedankenreichtum der Dokumente des VI. Parteitages leiten lassen, dann wird gerade die Wissenschaft einen entscheidenden Beitrag bei der Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft, bei der Erziehung vorwirtsdrängender Sozialisten leisten.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus nützt jedem von uns, also müssen auch wir dem Ganzen nützen.

Das ist im Gegenteil eine wichtige Voraussetzung für ihre Durchsetzung. Es gibt kein Mittelglied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Ideologie, wie Lenin betont. „Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie“ (Lenin, Werke Bd. 5, S. 395/396). Das aber wäre von großem Schaden für die ganze Menschheit, und deshalb sind wir gegen Koexistenz auf dem Gebiet der Ideologie.

Manfred Schubert,
Franz-Mehring-Institut

Wie übertreffen wir Westdeutschland in der Arbeitsproduktivität?

Warum ist sie in der DDR gegenwärtig noch niedriger?

Die ständige, rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität, verbunden mit der systematischen Senkung der Produktionskosten, ist die entscheidende Voraussetzung für die Vermehrung des materiellen Reichtums unserer sozialistischen Gesellschaft, für ein Leben in Glück und Wohlstand. Deshalb stellt der VI. Parteitag ganz entschieden die Aufgabe, die Tätigkeit aller Parteiorganisationen, aller Leitungen des Staates und der Wirtschaft auf das planmäßige Wachstum der Produktivität zu konzentrieren. Es gilt dabei, den Rückstand im Niveau der Arbeitsproduktivität gegenüber Westdeutschland aufzuheben und schließlich das kapitalistische Wirtschafts-

Arbeitssetze auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter.

Dieses Mittel ist nicht brauchbar für die sozialistische Gesellschaft. Wenn wir uns das Ziel gestellt haben, im Zeitraum von 1963 bis 1970 die Arbeitsproduktivität um 65 Prozent zu erhöhen, so bedeutet das für uns Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand, systematische Spezialisierung und Konzentration der Produktion, Neuausrüstung der führenden Zweige der Volkswirtschaft, beste Qualität der Erzeugnisse und dazu hohe Akkumulationsrate und hohe Qualifikation der Spezialisten sowie aller Werktätigen.

Mit dem sozialistischen Eigentum und

politik der Nichtanerkennung der DDR* werden unserem Staat und den Bürgern unserer Republik auf nationaler und internationaler Ebene bei der Ausübung ihrer souveränen Rechte ständig Schwierigkeiten bereitet. Das zeigt sich bei der Verweigerung der Reisepässe für Wissenschaftler, Künstler und Sportler in die NATO-Staaten, das zeigt sich beispielsweise im Verbot der Teilnahme der Skispringer der DDR mit Weltmeister Rednagel an der Spitze in Oberstdorf. Wer als Bürger unserer Republik in Westdeutschland für unseren Staat auf den verschiedensten Gebieten unseres Lebens eintritt, wer für Frieden, Abrüstung und Entspannung in Deutschland eintritt, wer die Ehre unserer Republik und damit als Bürger der DDR seine eigene Ehre verteidigt, wird durch die Organe des Bonner Staates verleumdet, verfolgt und oftmals auch eingekerkert.

Unter diesen Bedingungen kann nicht von einem normalen Reiseverkehr gesprochen werden. Der normale Reiseverkehr setzt deshalb voraus, daß in Westdeutschland Bedingungen geschaffen werden, wie sie das 7-Punkte-Programm in seiner Gesamtheit umfaßt. Nur unter Beachtung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und der daraus resultierenden Rechte ihrer Bürger wird auch der Reiseverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten normalisiert werden. Aus den dargelegten Gründen, ist die Frage des Reiseverkehrs nicht unabhängig von den anderen lebenswichtigen Fragen unseres Volkes zu lösen.

Rudolf Piretschner,
Franz-Mehring-Institut

Warum ein neuer Siebenjahrplan?

Wie ist es zu erklären, daß ein neuer Siebenjahrplan beginnen soll, bevor der alte abgelaufen ist?

Auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wies Walter Ulbricht in seinem Referat darauf hin, daß die Ausarbeitung eines neuen Siebenjahrplanes erforderlich geworden ist. Das Kernproblem wird dabei die allseitige Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft sein.

Für diese Einschätzung der Partei sprechen im wesentlichen drei Gründe. Um das ganze Problem richtig zu verstehen, muß man davon ausgehen, daß jeder Perspektivplan im Laufe der Jahre vervollkommen und präzisiert werden muß. Andernfalls kann er seiner Hauptaufgabe, für die Volkswirtschaftsplanung der einzelnen Jahre eine Orientierung zu geben, nicht gerecht werden. Der Plan würde zum hemmenden Dogma. Das resultiert daraus, daß z. B. die Ausarbeitung der Schwerpunkte der weiteren Mechanisierung und Automatisierung angestrebter wissenschaftlicher Arbeit bedarf. Dabei ist es notwendig, die Vielzahl komplizierter Produktionsprozesse zu durchdringen. Die Lösung derartiger Aufgaben erfordert Zeit. Hinzu kommt, daß man bei dem gegenwärtigen raschen Entwicklungstempo der Naturwissenschaft und Technik unmöglich für fünf oder mehr Jahre im voraus bestimmen kann, welche Erkenntnisse im einzelnen und in welchem Umfang in der Produktion Anwendung finden können. So war 1958 noch nicht genau abzusehen, daß die Produktion von Halbleitern in wenigen Jahren auf das Sechsfache erhöht werden muß. Diese Erhöhung bedingt aber z. B. neue Investitionen, die Erhöhung der Produktion von Reinstmetallen usw. Man könnte die Reihe der durch den technischen Fortschritt ausgelösten wechselseitigen Beziehungen beliebig fortsetzen. Es ist offensichtlich, daß auch bei Anwendung der modernsten Planungsmethoden aus dem Perspektivplan kein starres Schema gemacht werden darf.

Da aber der von den westdeutschen Imperialisten begonnene Wirtschaftskrieg ernste Störungen und Verluste verursacht hat und im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des sozialistischen Weltsystems der Koordinierung der Perspektivpläne der Teilnehmerländer des RGW notwendig ist, stellt die Ausarbeitung eines neuen Perspektivplanes den rationelleren Weg dar.

Es ist hinreichend bekannt, daß während der Zeit der offenen Grenze die ökonomischen Gesetze des Sozialismus vielfach nicht richtig ausgenutzt werden konnten. Zum Ausdruck kam dies im zu schnellen Wachstum der Konsumtion und im Zurückbleiben der Akkumulation. Um die sich daraus ergebenden Folgen zu charakterisieren, sei darauf hingewiesen, daß, wäre die Kaufkraft und der Warenfonds von 1958 bis 1962 nur um zehn Prozent weniger gestiegen, wir die Möglichkeit gehabt hätten, etwa 5500 modernster programmgesteuerter Drehmaschinen zusätzlich in der Industrie einzusetzen. Derartige Maschinen besitzen gegenüber der herkömmlichen Technik eine um das Zehn- bis Fünffachfache höhere Produktivität. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß infolge der Störtätigkeit einige der entscheidenden Investitionsvorhaben, die eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft sind, nicht termingerech abgeschlossen werden konnten.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Ausarbeitung eines neuen Siebenjahrplanes ist endlich die Tatsache, daß objektiv die Bedingungen herangereift sind für die enge Verflechtung der Volkswirtschaften der Teilnehmerländer des RGW. Der neue Perspektivplan der Deutschen Demokratischen Republik wird ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen der Länder des Sozialismus und damit zur Sicherung des Friedens sein.

Manfred Meißner,
Institut für Industrieökonomik

Fragen und Antworten nach dem VI. Parteitag

Einheitsdeutschland
1. Weltkrieg
10 Millionen Tote

Einheitsdeutschland
2. Weltkrieg
40 Millionen Tote

Zwei deutsche Staaten
BRD DDR
Frieden
Freiheit
Demokratie
Sozialismus

Die Geschichte hat uns die harte Lehre eingeprägt: Wenn die Frage nach der Wiedervereinigung gestellt wird, dann muss zuvor geklärt werden: **Vereinigung wofür?**

system auch in dieser wichtigen Kennziffer zu übertreffen.

Es gibt Menschen, die glauben, aus der Tatsache der 25 Prozent Rückstand zu Westdeutschland ein Werturteil über die zwei so grundverschiedenen gesellschaftlichen Systeme ableiten zu können. Sie reden in ihrer Betrachtung das Niveau der Arbeitsproduktivität in der DDR aus seinen unmittelbaren Zusammenhang mit anderen Tatsachen heraus. Diese Fakten sind folgende: Die relativ geringe und einseitige industrielle Entwicklung Ostdeutschlands bis 1945, die Lostrennung unseres Wirtschaftsgebietes von der westdeutschen Schwerindustrie nach 1945, der verhältnismäßig niedrige Ausgangspunkt im Niveau der Arbeitsproduktivität, die verheerenden Kriegsauswirkungen auf die Wirtschaft und schließlich die systematische Störung unserer Wirtschaft durch die westdeutschen Imperialisten (Sabotage, Menschenhandel und anderes mehr).

Der wesentlichste Faktor zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ist die moderne Technik. Neue Maschinen und Anlagen werden jedoch nicht verschenkt, sondern kosten Geld, verbrauchen einen beachtlichen Teil des Volkseinkommens. Aber gerade das mußten wir in den vergangenen Jahren für den Aufbau neuer Werke und Industriezweige verwenden, um die durch die Spaltung des Wirtschaftsgebietes hervorgerufenen Disproportionen zu überwinden. Die systematische Rekonstruktion der bestehenden Betriebe war gleichzeitig nicht möglich.

Ein großer Teil des Volkseinkommens wurde auch für den Aufbau unseres sozialistischen Bildungssystems, des Gesundheitswesens und für die großzügigen sozialen Leistungen verwendet – Errungenschaften, die wir nicht mehr missen möchten.

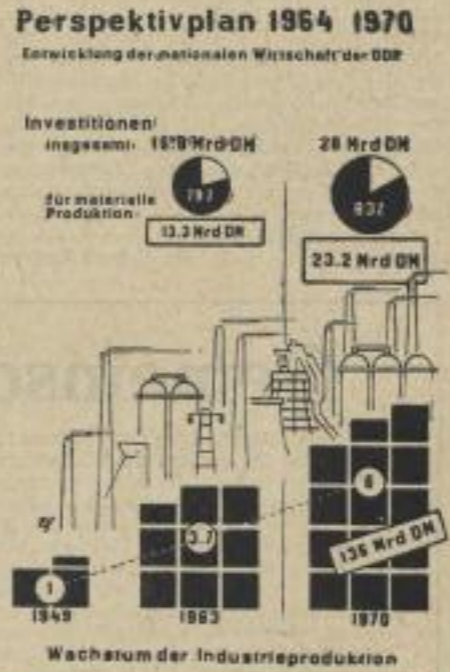
Bei einem Vergleich des Niveaus der Arbeitsproduktivität darf man schließlich nicht unberücksichtigt lassen, daß die höhere Arbeitsproduktivität in Westdeutschland nicht nur ein Ergebnis des wissenschaftlich-technischen Niveaus und seiner Nutzung ist, sondern auch die Folge einer außerordentlichen Intensivierung der Arbeit. Die vielgepriesene „Rationalisierung ohne Kapital“ ist nichts anderes als

Prof. Dr. Wolfgang Rödel,
Dekan der Fakultät für Journalistik

Dr. Gertraude Hummel,
Institut für Arbeitsökonomie

der Planung der Volkswirtschaft, die eine Konzentration aller Kräfte und zweckmäßige Verwendung aller materiellen Mittel gestatten, sowie dem Vertrauen und dem schöpferischen Arbeitselan unserer Werktätigen – Vorzüge, die nur der sozialistischen Gesellschaft eigen sind – haben wir Trümpfe in den Händen, das gestellte Ziel zu erreichen und Westdeutschland in einer historisch kurzen Zeitspanne auch in der Arbeitsproduktivität zu schlagen.

Diese Zuversicht gründet sich nicht zuletzt auf die bisherigen Erfolge. Es ist unserem jungen Staat gelungen, heute zu den bedeutendsten Industrieländern Europas zu zählen und seine Wirtschaft von allen Störungen seitens des westdeutschen Imperialismus unabhängig gemacht zu haben. Das erreichte Tempo der Arbeitsproduktivität im Jahre 1962 (Wachstum um neun Prozent) ist ein guter Ausgangspunkt in unserem Kampf.



Warum keine Koexistenz in der Ideologie?

Wir sind für eine friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme, warum nicht auch auf ideologischem Gebiet?

Die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges ist für die ganze Menschheit zu einer lebenswichtigen Aufgabe geworden. Auch auf dem VI. Parteitag der SED nahm deshalb die Frage der Sicherung des Weltfriedens und der friedlichen Koexistenz einen zentralen Platz ein. Unsere Partei wendet die Prinzipien der friedlichen Koexistenz schöpferisch auf die Bedingungen in Deutschland an und entwickelt in der Auseinandersetzung mit dem kriegsfeindlichen westdeutschen Imperialismus und Militarismus die Idee der Konföderation beider deutscher Staaten. Diese Politik wurde fortgeführt durch den von Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag unterbreiteten 7-Punkte-Vorschlag und in seiner Rede über die Beziehungen der DDR zu Westberlin vom 8. Februar, in der er erneut ein Minimalprogramm zur schrittweisen Beseitigung des Gefahrenherdes Nummer 1 in Deutschland entwickelte. Hierin und im gesamten Programm der SED zeigt sich die friedliche Koexistenz in Aktion.

Die friedliche Koexistenz ist im Grunde genommen nichts anderes als die Fortführung des Klassenkampfes auf ökonomischen, politischem und geistig-kulturellem Gebiet mit friedlichen Mitteln. Dabei ist es auf dem Gebiet der Politik möglich und in vielen Fällen sogar notwendig, dem Standpunkt der Gegenseite in vereinbarten Maße entgegenzukommen, Kompromisse zu schließen und zu verhandeln. Darauf hat Lenin wiederholt hingewiesen. In der jüngsten Vergangenheit zeigt das Auftreten der sowjetischen Regierung während der von USA-Imperialismus provozierten Krise im karibischen Raum, wie auf dem Gebiet der Politik durch kluges Verhandeln die Interessen des Friedens und des Sozialismus gesichert werden und

die Kriegstreiber zurückgedrängt werden können. Auf der wirtschaftlichen Ebene, den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen sind auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bestimmte Zugeständnisse, die letztlich beiden Seiten zum Vorteil sind, längst selbstverständlich geworden.

Auf dem Gebiet der Ideologie dagegen kann es keinerlei Zugeständnisse geben, denn jedes, auch noch so kleine Zugeständnis an die bürgerliche Ideologie ist Verzicht auf die marxistisch-leninistische Weltanschauung. Auch „teilweiser Verzicht“ auf Prinzipien des Marxismus-Leninismus, z. B. in der Kunst, wäre Verrat an der sozialistischen Ideologie als Ganzem und würde letzten Endes der Sache des Friedens und des Sozialismus schweren Schaden zufügen.

Was wäre z. B. geschehen, wenn wir auf bestimmte Leute gehört hätten und auf den Kampf um den Sieg der Diktatur des Proletariats verzichtet hätten? Es ist sicher, daß es unter diesen Umständen keine sozialistische DDR geben würde, die die Sache des Friedens in ganz Deutschland verteidigt und dem deutschen Volk eine glückliche Zukunft garantiert.

Es kann auch deshalb keine friedliche Koexistenz auf dem Gebiet der Ideologie geben, weil in unserer Zeit der Kampf auf ideologischem Gebiet immer mehr an Bedeutung gewinnt, da immer größere Volksmassen in den Kampf um den Frieden, um Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus einbezogen werden. Die Bedeutung der bewußt und aktiv die Geschichte gestaltenden Menschen nimmt zu. Für die Realisierung der großen Aufgaben, die uns der VI. Parteitag der SED stellt, sind die Klarheit über die Perspektive der Entwicklung, die Kenn-

Sieben Punkte oder ein Programm?

Warum kann man bei der Verwirklichung des 7-Punkte-Programms, das auf dem VI. Parteitag der SED zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entwickelt wurde, nicht mit einem Punkt, der Aufhebung von bestimmten Reisebeschränkungen, beginnen?

Genosse Walter Ulbricht hat in seiner Rede „Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED“ auf dem VI. Parteitag der SED ausführlich zur gegenwärtigen Situation in den beiden deutschen Staaten Stellung genommen und sich abermals für die Herstellung normaler und sachlicher Beziehungen zwischen der DDR und Westdeutschland ausgesprochen. In einem 7-Punkte-Programm unterbreitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erneut reale Vorschläge, die zu einem Abkommen der Vernunft und des guten Willens führen könnten. Bei der Darlegung dieses Programms geht die Partei von der Tatsache aus, daß heute auf deutschem Boden zwei deutsche Staaten existieren und daß die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der DDR und Westdeutschland auf den verschiedensten

Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens die Respektierung der Existenz des anderen deutschen Staates voraussetzt. Deshalb stellt diese Forderung an der Spitze dieses Programms.

In der Begründung dieser Vorschläge geht aber Walter Ulbricht nicht an der Tatsache vorbei, daß das Haupthindernis an der Herstellung dauerhafter friedlicher normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten die abtinentale und friedensgefährdende Politik der Bonner Ultras ist. Die Atomrüstungs- und Notstandspolitik der westdeutschen Imperialisten und Militaristen verhindert oder erschwert die Herstellung wirtschaftlicher, kultureller, wissenschaftlicher und sportlicher Beziehungen zwischen unserer Republik und Westdeutschland. Durch eine „Po-